



INSTYTUT PÓŁNOCNY

im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie



ARCHIWUM
PAŃSTWOWE
W OLSZTYNIE

chen Krankenhause gebracht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Der Protest der Bevölkerung.

Die Plebiszitkommission für Deutschland, Unterabteilung, hat am Sonntag an die amerikanische, englische und italienische Botschaft in Berlin sowie an die deutsche Regierung in Oppeln nachstehendes Protokoll schreiben gerichtet:

„Soldaten der französischen Besatzung haben gestern im Beisein französischer Offiziere eine schwere Bluttat gegen zwei Schüler des hiesigen Gymnasiums verübt. Die Erregung der Bevölkerung ist auf höchste gesteigert. Schwerste Auseinandersetzungen sind zu befürchten, wenn nicht für die Zukunft die Wiederholung der zahlreichen Uebergriffe der bisherigen Besatzungstruppen durch deren Entfernung vermieden wird. Wir bitten einzugreifen um dem oberschlesischen Volke endlich die langersehnte Ruhe zu geben. Die bisher entsandten französischen Truppen scheinen nicht die Eigenschaft zu besitzen, um die der interalliierten Kommission durch den Friedensvertrag gestellten Aufgaben zu erfüllen.“

Ueber den Vorfall selbst ist zu berichten, daß den beiden Verletzten von der französischen Besatzungskommission ein Schmerzensgeld zugesprochen wurde. Eine Entschuldigung seitens der Franzosen wegen der Tat selbst hat bislang nicht stattgefunden. Die Namen der französischen Soldaten wurden festgestellt, weiteres aber nicht veranlaßt.

Polnische Schikanen.

Verschlechterung des Verkehrs nach Ostpreußen.

Die polnische Regierung hat durch die Eisenbahndirektion in Danzig ankündigen lassen, daß vom 15. Juni anfangen auf den Strecken Lauenburg—Neustadt—Dirschau und Konitz—Dirschau alle Reisenden, soweit sie mit durchgehenden Fahrkarten nach und von Ostpreußen versehen sind, als Reisende ohne Fahrkarten behandelt werden. Außerdem werden diese Reisenden auch Schwierigkeiten bei der Gepäckbeförderung, der Zollbehandlung und hinsichtlich der Anerkennung ihrer Pässe zu erwarten haben. Der Verkehr mit Danzig wird durch diese Regelung nicht betroffen.